

Mitspracherechte werden ausgehebelt

Erster gemeinsamer Kreiselternausschuss für Stadt und Kreis Bad Kreuznach gebildet - Engagement ließ in den vergangenen Jahren spürbar nach

Ein neuer Kreiselternausschuss für Kindertagesstätten in Stadt und Kreis Bad Kreuznach hat sich gebildet. Vorsitzender ist Jürgen Kroszinski (Fürfeld). Die Elternvertreter fühlen sich von den Trägern der Kindertagesstätten häufig ausgebremst.

KREIS BAD KREUZNACH. Der neu gebildete Kreiselternausschuss hat sich vorgenommen, die Elternvertreter in den Kindergärten des Kreises über ihre Rechte, aber auch über ihre Pflichten aufzuklären. Der neue Ausschuss vertritt erstmals die Eltern der rund 100 Kindertagesstätten aus Stadt und Bad Kreuznach gemeinsam. Bislang gingen beide getrennte Wege. Nun wollen sie ihre Kräfte bündeln, um mehr für die Kinder erreichen zu können. Alljährlich werden in den Einrichtungen im Kreisgebiet Elternausschüsse gewählt, die mit der Kindergartenleitung und den Trägern zusammenarbeiten und die Interessen der Kinder vertreten sollen. Die Elternvertreter bilden weitere Ausschüsse auf Kreis- und auf Landesebene - zumindest in der Theorie. Denn bei der konstituierenden Sitzung des neuen Kreiselternausschusses waren nur gut 20 von 100 Kindertagesstätten vertreten.

Der neue Vorsitzende Jürgen Kroszinski ist schon seit Jahren aktiv und muss feststellen, dass das Engagement der Eltern spürbar nachlässt. "Die Bereitschaft zur Mitarbeit ging in den vergangenen Jahren drastisch zurück." Es seien leider nur noch vereinzelt Eltern zu finden, die sich engagierten. Einladungen der Kreiselternvertretung, die an alle Kindertagesstätten mit der Bitte um Weitergabe an die örtlichen Elternausschüsse verschickt worden waren, erreichten diese in den meisten Fällen nicht.

"Die Mehrzahl der Teilnehmer hatten von der konstituierenden Sitzung aus der Zeitung erfahren", bedauert Michael Günther, langjähriger Vorsitzender des Kreiselternausschusses. "Die Einladungen werden schlicht nicht weitergegeben." Auch die kirchlichen Träger störten sich nicht daran, dass sie damit gegen einschlägige Vorgaben verstoßen. Bestenfalls Schlamperei, schlimmstenfalls Absicht, meint auch der neue Kreisvorsitzende. Er hat trotzdem "ein junges und engagiertes Team" um sich geschart, das verstärkt mit den Elternausschüssen vor Ort ins Gespräch kommen und Aufklärungsarbeit betreiben will.

Denn allzu häufig würden Umstände - Kroszinski nennt als Beispiel zu lange Fahrzeiten der Kinder in den Bussen und die Öffnungszeiten der Einrichtungen - als unausweichlich hingenommen, die klar gegen gesetzliche Vorschriften verstießen. Diese müssten von den Ausschüssen auch durchgesetzt werden: "Die Eltern dürfen keine Angst vor den Leitungen haben." Kroszinski meint damit vor allem auch die Träger. Es sei die Pflicht der Eltern, auf die Einhaltung dieser Vorschriften zu achten und sie im Zweifelsfall einzufordern: "Wir sind nicht nur für die Kaffeetafeln und Kindergartenfeste gewählt", so der Kreisvorsitzende.

"Mitspracherechte werden gern ausgehebelt, die Basis vor Ort immer wieder dumm gehalten", hat Michael Günther während seiner Amtszeit erfahren müssen. Die Eltern werden nicht eingebunden, wenn es um wesentliche Entscheidungen geht. Auch dann nicht, wenn das gesetzlich vorgeschrieben ist. In aller Regel würden sie erst im Nachhinein in Kenntnis gesetzt, bedauert Günther.

Für Dezember ist die erste Vorstandssitzung des neuen Kreiselternausschusses geplant. Dessen Vorsitzender Jürgen Kroszinski und Thomas Hartmann (Winzenheim) sind überdies Delegierte für die Landeselternversammlung. (asu)

Oeffentlicher Anzeiger vom Donnerstag, 27. November 2008, Seite 16.